

1,50 Euro, davon 90 Cent für den Verkäufer

Soziale Straßenzeitung

strassen | feger

www.strassenfeger.org

Sonderausgabe Oktober 2012

1,50
Euro



**Die im
Schatten
sieht man
nicht**

**Armut in
Deutschland**

**Schattenbericht
der Nationalen Armutskonferenz**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-------|
| Arm trotz Arbeit | 4/5 |
| Leben mit Hartz IV | 6/7 |
| Ein menschenwürdiges Leben für alle! | 8/9 |
| Familiäre Armut – ein vermeidbares Phänomen | 10/11 |
| Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit | 12/13 |
| Resolution der Nationalen Armutskonferenz | 14 |
| Armut macht krank | 15 |
| Asylbewerberleistungsgesetz | 16/17 |
| Leben in Altersarmut | 18/19 |
| Fazit | 20/21 |
| Impressum, Vorschau | 23 |



Nationale Armutskonferenz

strassen|feger

Die soziale Straßenzeitung *strassenfeger* wird vom Verein **mob – obdachlose machen mobil e.V.** herausgegeben. Das Grundprinzip des *strassenfeger* ist: Wir bieten Hilfe zur Selbsthilfe! Der *strassenfeger* wird produziert von einem Team ehrenamtlicher Autoren, die aus allen sozialen Schichten kommen. Der Verkauf des *strassenfeger* bietet obdachlosen, wohnungslosen und armen Menschen die Möglichkeit zur selbstbestimmten Arbeit. Sie können selbst entscheiden, wo und wann sie den *strassenfeger* anbieten. Die Verkäufer erhalten einen Verkäuferausweis, der auf Verlangen vorzuzeigen ist. Der Verein mob e.V. finanziert durch den Verkauf des *strassenfeger* soziale Projekte wie die Notübernachtung und den sozialen Treffpunkt „Kaffee Bankrott“ in der Prenzlauer Allee 87.

Der Verein erhält keine staatliche Unterstützung.

Spenden für die Aktion „Ein Dach über dem Kopf“ bitte an:

mob e.V., Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 100 205 00, Kto.: 32838 01

Mitglied im



Partner im



Die Nationale Armutskonferenz ist ein Zusammenschluss von Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen, des DGB, bundesweit organisierter Initiativen mit professionell und oder ehrenamtlich Tätigen. Diese verfügen über unterschiedlichste Armutserfahrungen und kennen die Auswirkungen von Armut und sozialer Ausgrenzung sehr genau.

Ziel der Nationalen Armutskonferenz ist es, über Armut aufzuklären, die Auswirkungen zu beschreiben, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung in die Öffentlichkeit und den politischen Prozess zu tragen. Die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen gehört ebenso dazu wie der Dialog und die Bereitschaft zur Mitarbeit in den politischen Gremien.

Editorial

Im Jahr 2001 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, fortan jeweils zur Hälfte einer Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht für die Bundesrepublik vorzulegen. Seitdem sind diese Analysen unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“ erschienen. Als übergeordnetes Ziel aller wurde die Versachlichung der Diskussion über Armut und Reichtum und die Enttabuisierung von Bedürftigkeit ausgegeben.

Bei Redaktionsschluss lag der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung immer noch nicht vor. Sein Erscheinen wurde wiederholt angekündigt – und dann weiter verschoben. Das ist aber nicht der größte Kritikpunkt. An dieser Stelle ließe sich viel darüber schreiben und klagen, wie wenig es von staatlicher Seite gelungen ist, Verbände, Wissenschaft, Kirchen, andere gesellschaftliche Akteure und vor allem die Betroffenen selber in diese Expertise einzubeziehen. Auf diese Stimmen hat man – nicht zum ersten Mal – zugunsten eher theoretischer Darstellungen von Armut verzichtet. Aus diesem Grund haben wir als **Nationale Armutskonferenz (nak)** den Entschluss zu einem eigenen Bericht gefasst.

Was aber unterscheidet unsere Darstellung von dem Bericht der Bundesregierung? Vor allem Folgendes: In den Texten, die in dieser Sonderausgabe des *strassenfeger* abgedruckt sind, berichten von Armut betroffene Menschen über ihre Lebenslage. Außerdem machen wir auf strukturelle und gesetzliche Gegebenheiten aufmerksam durch die Armut ausgelöst und verfestigt wird – oder Maßnahmen, mit denen das Problem nicht effektiv bekämpft wird. Zu diesen Ursachen zählen der Niedriglohnsektor, die Gesundheitsreform und das Bildungs- und Teilhabepaket.

Der nak-Bericht soll aufklären und zu einer gesellschaftlichen Diskussion über Armut und Reichtum anregen. Er soll außerdem verdeutlichen, wo Lösungsmöglichkeiten liegen, um Menschen mit geringem Einkommen ein dem Grundgesetz entsprechendes Leben in Würde zu ermöglichen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Nationale Armutskonferenz hat die regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung sehr begrüßt und alle bisher erschienenen Berichte durch Stellungnahmen, Positionierungen, Diskussionen und Anregungen begleitet.

Leider ist es bislang nicht gelungen, bei den politischen Verantwortlichen Gehör für tiefgreifende Veränderungen zu finden. Deshalb möchten wir mit dieser Sonderausgabe gezielt die Öffentlichkeit ansprechen und so eine breite gesellschaftliche Diskussion anregen. Helfen Sie uns dabei, indem Sie die Vorschläge und Forderungen dieses Berichtes, in politischen Kreisen, an Ihrem Arbeitsplatz und mit ihren Verwandten, Freunden und Bekannten diskutieren.

Auch wären wir Ihnen für Anregungen und Rückmeldungen dankbar. Dazu können Sie folgende Mailadresse nutzen: info@nationale-armutskonferenz.de

In diesem Sinne: Gegen Armut und soziale Ausgrenzung – für eine Politik, mit der das Grundgesetz umgesetzt wird.



Arm trotz Arbeit

Working poor ist in Deutschland schon lange kein Fremdwort mehr. Schlecht bezahlte Jobs, Menschen mit zwei oder drei Beschäftigungsverhältnissen oder auch arbeitende Senioren, kannte man lange vorwiegend aus den USA. Mit dem technologischen Fortschritt, Rationalisierungen, dem wirtschaftlichen Strukturwandel und wegfallenden Arbeitsplätzen in der Industrie nimmt das Phänomen seit Mitte der 1990er Jahre auch in Deutschland stetig zu. Verstärkt wird die Situation durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-Gesetzgebung. Zunehmend mehr Menschen sind arm, obwohl sie erwerbstätig sind. Erwerbsarbeit ist längst nicht mehr der „Königsweg“ aus der Armut.

Verantwortlich hierfür sind prekäre Arbeitsverhältnisse. Der Niedriglohnsektor wächst – in Deutschland stärker als in anderen westlichen Industriestaaten. Inzwischen arbeitet hierzulande fast jeder Vierte für einen Niedriglohn. Als solcher werden laut dem Institut für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen Bruttostundenlöhne von unter 9,54 Euro in Westdeutschland respektive 7,04 Euro in Ostdeutschland bezeichnet. Über vier Millionen Beschäftigte verdienen sogar weniger als 7 Euro pro Stunde, 1,4 Millionen gar unter 5 Euro. Es gibt Personengruppen, die häufiger für einen Niedriglohn arbeiten als andere: mehr

Frauen als Männer, häufiger Junge als Ältere, öfter Ostdeutsche als Westdeutsche und verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund.

Ernüchternde Erkenntnis all dessen: Arbeit reicht nicht mehr aus, um Armut zu vermeiden. Rund 350 000 Vollzeitbeschäftigte in Deutschland verdienen so wenig, dass sie ergänzend zu ihrem Lohn Hartz IV-Leistungen brauchen, um ihr Existenzminimum zu sichern. Lediglich jeder vierte vollzeitbeschäftigte „Aufstocker“ verdient mehr als 8,50 Euro pro Stunde. Sie sind also nicht „nur“ Teilzeitkräfte, wie Arbeitgeberverbände glauben machen wollen.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes in prekäre und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bleibt nicht ohne Folgen für unsere Gesellschaft. Die viel diskutierte Erosion des Mittelstandes greift um sich und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, insbesondere die Solidarität mit Erwerbslosen.

Ein Ammenmärchen ist indes Folgendes: Befürworter eines breiten Niedriglohnsektors argumentieren, dieser schaffe einen Berufseinstieg gerade für Geringqualifizierte. Vier von fünf Niedriglohnbeschäftigten haben jedoch eine Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss. Noch schlimmer: Die Aufstiegsmöglichkeiten aus dem Niedriglohnsektor sind begrenzt. Viel häufiger wechseln

sich kurze Zeiten prekärer Beschäftigung mit Zeiten von Arbeitslosigkeit ab. Bedenklich ist auch Folgendes: Wenn Facharbeiter als Leiharbeiter ungelernete Tätigkeiten verrichten müssen, drohen sie den Anschluss in ihrem Ausbildungsberuf zu verlieren. Vor dem Hintergrund des kommenden Fachkräftebedarfs ist dies unverantwortlich.

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

- ❶ Flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen.
- ❷ Arbeitslosenversicherung vor allem für Kurzarbeitbeschäftigte ausbauen und flankierende Sozialleistungen für Geringverdiener insbesondere mit Kindern zahlen.
- ❸ Für Leiharbeitnehmer müssen gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen wie für die Stammbeschaftung. Die Höchstüberlassungsdauer in einem Betrieb sollte beschränkt werden.
- ❹ Alle Beschäftigungsverhältnisse müssen versicherungspflichtig sein.
- ❺ Keine Hartz IV-Sanktionen für Leistungsberechtigte, die nicht existenzsichernde Vollzeitarbeit oder Ein-Euro-Jobs ablehnen.



Um die Konsumtempel der Republik blitzblank zu polieren, schufteten viele Menschen zu Niedriglöhnen, von denen sie kaum leben können

Georg Reynders



Auch für verantwortungsvolle Tätigkeiten beispielsweise im medizinischen Bereich werden oft Niedriglöhne gezahlt

Erfahrungsberichte von Betroffenen

Sarah B., 40 Jahre, Krankenschwesterhelferin: Fernseher abgemeldet, um Tochter Taschengeld zu geben

Ich wurde auf den Philippinen geboren, lebe aber seit 15 Jahren in Deutschland. Hier habe ich als Krankenschwesterhelferin gearbeitet. Ich hatte Glück und habe nach meiner Entlassung aus dem Krankenhaus schnell einen neuen Job gefunden. Seit Ende 2007 arbeite ich als Teilzeitkraft in einem Restaurant, 30 Stunden pro Woche. Bis heute werde ich als Rotationsarbeiterin eingesetzt. Im Arbeitsvertrag steht über meinen Tätigkeitsbereich: Jede im Rotationsystem anfallende rollierende Tätigkeit in allen Arbeitsbereichen des Restaurants. Dazu gehören Tätigkeiten im Gastraum, im Servicebereich inklusive Kasse sowie Vorbereitung und Herstellung von Produkten und Produktzutaten, inklusive sämtlicher notwendiger Hilfs-, Säuberungs- und Reinigungsarbeiten und auch Reinigungsarbeiten im Sanitär- und Hygienebereich. Darüber hinaus bin ich auch dazu verpflichtet, meine ‚Arbeitsleistung in sämtlichen Schichten und auch nachts, an Wochenenden und an Feiertagen zu erbringen‘. Auf Anordnung muss ich ‚pro Monat Überstunden von bis zu 30 Prozent der regelmäßigen monatlichen Arbeitszeit leisten‘.

Am schlimmsten sind die Nachtschichten. Bis zwei Uhr morgens hat das Restaurant geöffnet, dann muss ich noch putzen. Oft bin ich erst um fünf Uhr morgens mit der Arbeit fertig, aber ich bin auf den Nachzuschlag angewiesen, sonst würde das Geld nicht reichen. Im Schnitt arbeite ich 140 Stunden pro Monat. Je nach Feiertags- und Nachzuschlag komme ich auf 840 bis 1 020 Euro netto. Wenn ich Miete und die übrigen Kosten bezahlt habe, bleibt nicht viel übrig – zumal ich Schulden habe und die mit einer monatlichen Rate von 120 Euro abbezahlen muss. Aber ohne den Kredit hätte ich nicht umziehen können. Ich muss an allen Ecken und Enden sparen, damit ich genug Geld habe, um zum Beispiel meiner Tochter – sie lebt bei ihrem Vater – das tägliche Mittagessen nach der Schule und ein kleines Taschengeld zu finanzieren. Dafür habe ich sogar den Fernseher bei der GEZ abgemeldet. Trotzdem komme ich mit dem Geld nicht aus. Um meiner Tochter ein kleines Geburtstagsgeschenk kaufen zu können, habe ich mir von einem Arbeitskollegen Geld geliehen. Als Pfand habe ich ihm eine goldene Kette – ein Erbstück meiner Mutter – gegeben. Wann ich ihm das Geld zurückzahlen kann, weiß ich noch nicht. Ich hoffe nur, dass er mich deshalb nicht unter Druck setzt. Meine 13-jährige Tochter kriegt das natürlich mit. Letztens hat sie mir 20 Euro von ihrem Taschengeld angeboten. Ich war so gerührt und gleichzeitig so beschämt, dass ich nur weinen konnte.“

Anton W., 50 Jahre, Schreiner und Industriemechaniker: Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Fast 20 Jahre war ich Geschäftsführer einer Speditionsfirma mit zwölf Festangestellten und vier Aushilfskräften. Unser Jahresumsatz betrug bis zu 1,5 Millionen Euro. Dennoch: Weil mein Auftraggeber die Kilometerpauschale drastisch reduzierte, konnte ich meine Firma nicht halten und musste Konkurs anmelden. Was folgte, war der soziale Abstieg in Hartz IV. Für ein halbes Jahr konnte ich mein ALG II mit einem ‚Ein-Euro-Job‘ aufbessern. Zurzeit bin ich als Fahrer bei einer kleinen Firma beschäftigt, fahre fünf Mal in der Woche nach Belgien. 975 Euro Festgeld verdiene ich pro Monat. Das entspricht einem Stundenlohn von rund sechs Euro. Nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungsabgaben, Miete und anderen Fixkosten bleiben mir rund 100 Euro. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Ich hätte früher nicht im Traum daran gedacht, für so einen Hungerlohn arbeiten zu müssen. Weil ich meinen Lebensunterhalt davon nicht bestreiten kann, erhalte ich von der Arbeitsagentur zusätzlich Arbeitslosengeld II in Höhe von knapp 165 Euro für Unterkunft und Heizung. Es ist eine frustrierende Erfahrung, dass der Lohn alleine nicht zu einem vernünftigen Leben reicht und ich zusätzlich Arbeitslosengeld beantragen muss – und das bei einer Vollzeitbeschäftigung!“

Leben mit Hartz IV

Erfahrungsbericht einer allein-erziehenden Mutter, 45 Jahre

„Diese 49-jährige Frau, die Marzipanschweine kauft, damit ihr Sohn was zur Weihnachtsfeier in der Schule mitbringen kann, das hat mich sehr berührt.“

Ich lebe mit meinem Sohn, 17 Jahre zusammen. (...) Er gilt, da er älter ist als 15 Jahre als erwerbsfähig. Besondere Sorgen bereitet mir der Moment des Übergangs von der Schule zu einer Universität oder Ausbildung oder einfach nur ein Jahr ausruhen nach zwölf Jahren Schulstress. Natürlich möchte er sich nach der Schule erst einmal frei orientieren und mit seinen Freunden in eine Wohngemeinschaft ziehen. Er hat gesagt: Mama, du weißt ich hab dich lieb und mag dich, aber du musst verstehen, ich will dann meiner Wege ziehen. Er ist sich bewusst, dass unsere Existenz über Hartz IV gesichert wird. Lange habe ich ihm das verschwiegen. Ich wollte einfach nicht, dass er sich wegen unserer materiellen Armut anders fühlt und sozial ausgegrenzt wird von Freunden/Schulkameraden, den Verlust von Beziehungen hinnehmen muss. Er soll nach Möglichkeit nichts entbehren, was seinem Alter angemessen ist.

Die Schule ist nicht kostenlos. (...) Zu jedem Schuljahresbeginn, Bücher, Broschüren, spezielle Stifte für den Kunstunterricht, den Beitrag für die gewählte Sportart. Selbstverständlich werden Präsentationen verlangt und Hausaufgaben aufgegeben, die per Mail beim Lehrer ankommen sollen, damit wird der Besitz eines Computers vorausgesetzt.

Wir wohnen in einer kleinen Wohngemeinschaft, das hat uns ermöglicht, großzügiger zu wohnen. (...) Ein Freund von uns lebt mit seinen beiden Kindern in einem Zimmer. Das finde ich unerträglich, die Tochter ist auch schon mal weg von zu Hause. Das beschreibt eher die typische Hartz IV-Wohnsituation. (...)

Mein Sohn hat eine Brille, und die habe ich uns vom Mund abgespart. (...) Die Zeit des Wachstums hat mir große Sorgen gemacht. Da haben sich in anderthalb Jahren die Schuhgröße von 34 auf jetzt 43 und auch seine Figur total verändert. Das hat absolute Löcher in die Haushaltskasse gerissen, habe mir Geld leihen können. Und der konnte futtern und trinken, der war nicht satt zu kriegen.

Für meinen Sohn habe ich noch nie „Hilfe“ oder einen Antrag nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gestellt, das käme für mich niemals in Frage. Warum soll ich der Schule bzw. den Lehrern vertrauen, dass der Junge

danach noch als er selbst wahrgenommen und nicht schlechter beurteilt wird. Wie sollen ausgerechnet Lehrer frei sein von Vorurteilen gegen Hartz IV, bei der Berichterstattung, bei der extremen Segregation?

Seit mein Sohn in der 8. Klasse war, erhielt er halbjährlich Briefe mit der Forderung nach Schulbescheiden, Schulzeugnissen, persönlichem Erscheinen. Erst eine Dienstaufsichtsbeschwerde (...) hat gewirkt und die Mitarbeiter, die im Sinne aggressiver Strukturen ihren Sadismus austobten, haben aufgehört zu schreiben. Mal sehen, was nach dem Abitur passiert. Meinem Sohn geht es gut, er ist glücklich, genießt seine Freundschaften, das macht mich glücklich. Er träumt von einer Reise nach Amsterdam.

(...) Meine Haltung hat sich im Laufe der Zeit geändert, ich wollte dann endlich mal so viel verdienen, dass es zum Leben mit Kind reicht. Wollte nicht auf Notwehrmaßnahmen (Diebstahl) für Zahnbürste und Fahrkarten angewiesen sein. Diese 49-jährige Frau, die Marzipanschweine kauft, damit ihr Sohn was zur Weihnachtsfeier in der Schule mitbringen kann, das hat mich sehr berührt. Ich habe die so gut verstanden, die hat ihr Kind/unsere Kinder verteidigt, damit die nicht ausgegrenzt, ausgelacht werden.

(...) Mit der Agenda 2010 haben sich die Lebensbedingungen der Menschen verschärft. Das ist systematischer Ausschluss vieler Menschen. Als Ende der 1970er Jahre die ersten Streiks zur Arbeitszeitverkürzungen liefen, das war ein richtiges, wichtiges Ziel. Wir haben damals verloren. Und wenn ich nach Griechenland schaue, diese Wiederholung der Schaffung von „blühenden Landschaften“, gemeint sind die De-Industrialisierung Griechenlands und die radikale und temporeiche Verarmung der Bevölkerung, durch die Kontrolle einer Treuhandgesellschaft... Brot und Wasser haben sie in den Armenvierteln Tunesiens gefordert, wir Prekären hier sollten rufen: „Existenzgeld, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und die Häuser den Menschen, die drin Wohnen.“

Hartz IV-Regelsätze reichen nicht

Trotz Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 wurden die Bedarfe nicht transparent, sach- und realitätsgerecht ermittelt. Die Einkommen in der Vergleichsgruppe wurden von den unteren 20 Prozent auf die unteren 15 Prozent abgesenkt. Um auf noch geringere Zahlen zu kommen, wurden einzelne Bedarfspositionen wie etwa Zimmerpflanzen, Gesundheitskosten oder zusätzliche Betreuungskosten von Kindern einfach nicht mitgerechnet.

Das Verfassungsgericht hat das Recht auf Existenzsicherung betont. In der alltäglichen Praxis wird es nicht zuverlässig umgesetzt: So ist eine qualifizierte und niedrigschwellige Beratung in den Jobcentern vielerorts ein Fremdwort. Die Leistungsberechtigten müssen jederzeit damit rechnen, aufgrund von Sanktionen gegen ein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft unterhalb des Existenzminimums zu geraten. Bei einer Sanktion in Höhe von mehr als 30 Prozent des Regelsatzes wird das physische Existenzminimum direkt angegriffen: Geld für Essen, Wohnen, Kleidung. Durch Darlehensrückzahlungen – neuerdings auch für Mietkautionen –, ungenaue Einkommens- und -rückrechnungen und die scharfen Regelungen für unter 25-Jährige können viele nicht darauf vertrauen, dass sie den Regelsatz auch tatsächlich erhalten. Besondere personenbezogene Bedarfe etwa bei gesundheitlichen Einschränkungen werden nur unzureichend erstattet, notwendige größere Anschaffungen wie Kühlschrank oder Waschmaschine weder im Regelsatz, noch durch einmalige Zuschüsse berücksichtigt.

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

- ❶ Der Regelsatz bzw. die Grundsicherungsleistungen sind bedarfsorientiert anzuheben z. B. um die Steigerung der Stromkosten.
- ❷ Bei der Neuberechnung der Regelsätze und der Grundsicherungsleistungen muss der Maßstab des Bedarfs leitend sein und zumindest auf die unteren 20 Prozent der Einkommen Bezug genommen werden.
- ❸ Erstattung der tatsächlichen Wohnkosten in angemessener Höhe, die sich nach dem tatsächlich verfügbaren Wohnraum und den Preisen bei Neuvermietung richtet.
- ❹ Keine Sanktionen, die das physische Existenzminimum (zwei Drittel des Regelsatzes) oder die Kosten der Unterkunft betreffen.
- ❺ Die Vermittlung in Arbeit muss die nachhaltige Überwindung von Armut zum Ziel haben – daher keine schnelle Vermittlung in prekäre Beschäftigung. Orientierung der Zumutbarkeit an einem gesetzlichen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe.
- ❻ Zielgerichtete Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter der Jobcenter.
- ❼ Bessere Erreichbarkeit der Jobcenter-Mitarbeiter sowie bessere Lesbarkeit der Behördenbescheide.



Armut grenzt aus

Jenny Sturm

Hartz IV: Zahlen und Fakten

ANSPRUCH:

Menschen in Deutschland haben Anspruch auf staatliche Unterstützung, wenn sie ihr Existenzminimum nicht selber sichern können. Auf Hartz IV- oder Arbeitslosengeld II-Leistungen, wenn sie als erwerbsfähig eingestuft werden. Sozialgeld wird an ihre Angehörigen und Sozialhilfe an diejenigen ausgezahlt, die nicht „erwerbsfähig“ sind. Wer von seiner Rente nicht leben kann, kann Grundsicherung im Alter beantragen.

MONETÄRE LEISTUNGEN:

Momentan beträgt der Hartz IV-Regelsatz für eine alleinstehende Person 374 Euro monatlich.

ANSPRUCHSBERECHTIGTE:

Insgesamt empfangen 7,6 Millionen Menschen in Deutschland (9,3 Prozent der Bevölkerung!) Leistungen zur Sicherung ihres Existenzminimums. Rund 6,5 Millionen Hilfebedürftige leben in 3,5 Millionen Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV.

SITUATION DER SGB II-BEZIEHER:

Wer von Hartz IV lebt, hat nur wenig Chancen auf Arbeit und soziale Integration: Mehr als die Hälfte der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die Leistungen beantragen, waren in den zwölf Monaten zuvor schon einmal auf das „Arbeitslosengeld II“ angewiesen. Von den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bezogen im Juni 2011 59,1 Prozent mindestens zwei Jahre Hartz IV.

WEN TRIFFT ES BESONDERS?:

In die Hartz IV-Sackgasse geraten besonders Kinder, Jugendliche und alleinerziehende Frauen: Von den 609 505 Alleinerziehenden, die im November 2011 von der Grundsicherung lebten, waren 575 147 Frauen. Rund 1,7 Mio. (27 Prozent) der Leistungsberechtigten galten im Juli 2012 als nicht erwerbsfähig und bekommen das Sozialgeld für Angehörige – zu rund 95 Prozent Kinder unter 15 Jahren. Knapp 15 Prozent aller Kinder unter 15 Jahren leben von der Grundsicherung.



Auch im reichen Deutschland sind Menschen auf Lebensmittelpenden angewiesen

Dieter Eckhardt

Das Bündnis für ein menschenwürdiges
Existenzminimum fordert:

Ein menschenwürdiges Leben für alle – Das soziokulturelle Existenzminimum muss dringend angehoben werden!

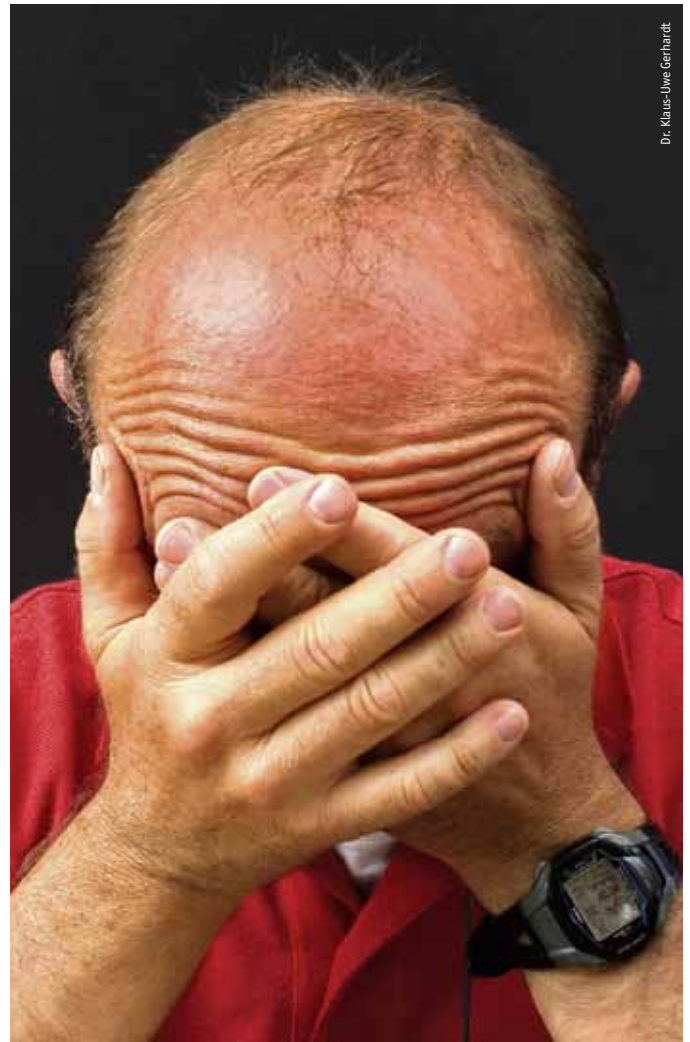
Bei Hartz IV ist ein Neustart nötig. Nach wie vor wird das Existenzminimum durch die Grundsicherung nicht gewährleistet. Die Kritik an den Gesetzesänderungen am Sozialgesetzbuch II, die von der schwarz-gelben Regierungskoalition im März 2011 verabschiedet wurden, war so breit wie die positiven Kommentierungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010.

Seit Anfang 2011 ist ein gemeinsames Papier von Erwerbsloseninitiativen, Nationaler Armutskonferenz, Gewerkschaften, Sozialverbänden, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Bündnispartnern zu einer menschenwürdigen Existenzsicherung in Vorbereitung. Dieses soll die gemeinsamen Anforderungen an die Grundsicherung in Deutschland im Lichte des Bundesverfassungsgerichtsurteils beschreiben. Derzeit werden die Veröffentlichung, Veranstaltungen und Aktionen zum Thema vorbereitet.

Unser Ziel ist ein würdevolles Leben für alle, ohne Ausgrenzung und Not. Heute fehlen dafür Millionen Menschen die materiellen Voraussetzungen. Es fehlt an öffentlicher Infrastruktur. Es fehlt an Geld für die Gewährleistung des Existenzminimums – von Ernährung, Kleidung und Wohnen bis zu Kommunikation, Kultur und Bildung. Das gilt auch für Hartz IV und Sozialhilfe. Das gilt in besonderem Maße für AsylbewerberInnen, neu zugewanderte EU-BürgerInnen und Menschen ohne Wohnung.

Die Verarmung und Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich betrifft immer mehr Menschen. Niedriglöhne, Erwerbslosigkeit und Altersarmut führen oft zu existenziellen Mangel. Eben so sind Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen nicht verlässlich abgesichert. Die bedrückenden Zahlen zur Kinderarmut zeigen, dass schon vom ersten Tag an viele Kinder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Diese breite Einkommensarmut schafft eine millionenfache Nachfrage nach Billigstprodukten und Billigstarbeit – weitere Armut ist die Folge. Wir kritisieren eine Armutsspirale, die von unfairen Erzeugerpreisen über Armutslöhne bis zu den aktuellen Regelsätzen reicht. Diese geht



Dr. Klaus-Juergen Gehardt

Verschämte Armut: Viele Bedürftige schreiben sich selbst die Schuld für ihre Situation zu. Dabei ist sie den politischen Rahmenbedingungen geschuldet.

einher mit Qualitätsverlusten der Produkte, der Zerstörung natürlicher Ressourcen und regionaler Märkte hier und in den Entwicklungsländern. Diese sozial wie auch wirtschaftlich schädliche Abwärtsbewegung muss endlich umgekehrt werden.

Wir wollen eine breite gesellschaftliche Debatte über die Existenzsicherung in Deutschland anstoßen. Dazu gehören realitätsgerechte Regelsätze genauso wie Existenzsichernde Arbeitsbedingungen, angemessene steuerliche Grundfreibeträge, armutsfeste Sozialleistungen und eine soziale Infrastruktur, die uns einer sozial gerechten, fairen und ökologischen Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung näher bringt.

Wir stellen fest: Um das soziokulturelle Existenzminimum endlich verlässlich zu sichern, ist ein deutlich höherer Regelsatz dringend erforderlich.

Im Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum arbeiten unter anderem zusammen: Nationale Armutskonferenz, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diakonie-Bundesverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Arbeiterwohlfahrt, Erwerbslosenforum Deutschland, Koordinierungsausschuss gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg für den Regionalverbund Weser-Ems der Erwerbslosengruppen und -beratungsstellen, Tacheles Wuppertal, Sozialverband Deutschland (SoVD), Sozialverband VdK, Volkssolidarität Bundesverband, Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband, Evangelische Obdachlosenhilfe, Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration, Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).



Wer in jungen Jahren soziale Ausgrenzung erfährt, traut sich als Erwachsener weniger zu

Familiäre Armut – ein vermeidbares Phänomen

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Erhebung „Leben in Europa“ galten im Jahr 2010 durchschnittlich 15,6 Prozent der Bevölkerung Deutschlands als armutsgefährdet. Während Familien mit zwei Erwachsenen und bis zu zwei Kindern deutlich unterhalb dieser Schwelle lagen, ändert sich das Bild bei zunehmender Kinderzahl und in Haushalten von Alleinerziehenden. Letztere galten mit einer Quote von 43 Prozent als eine der am stärksten armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Unter Haushalten mit zwei Erwachsenen und mehr als drei Kindern wurde eine Armutsgefährdungsquote von 21,6 Prozent verzeichnet.

Wachsen Kinder in Armut auf, hat dies erhebliche Auswirkungen auf ihre Entwicklung: Was die materielle Dimension betrifft, zeigt sich beispielsweise in Sachen Ernährung, dass

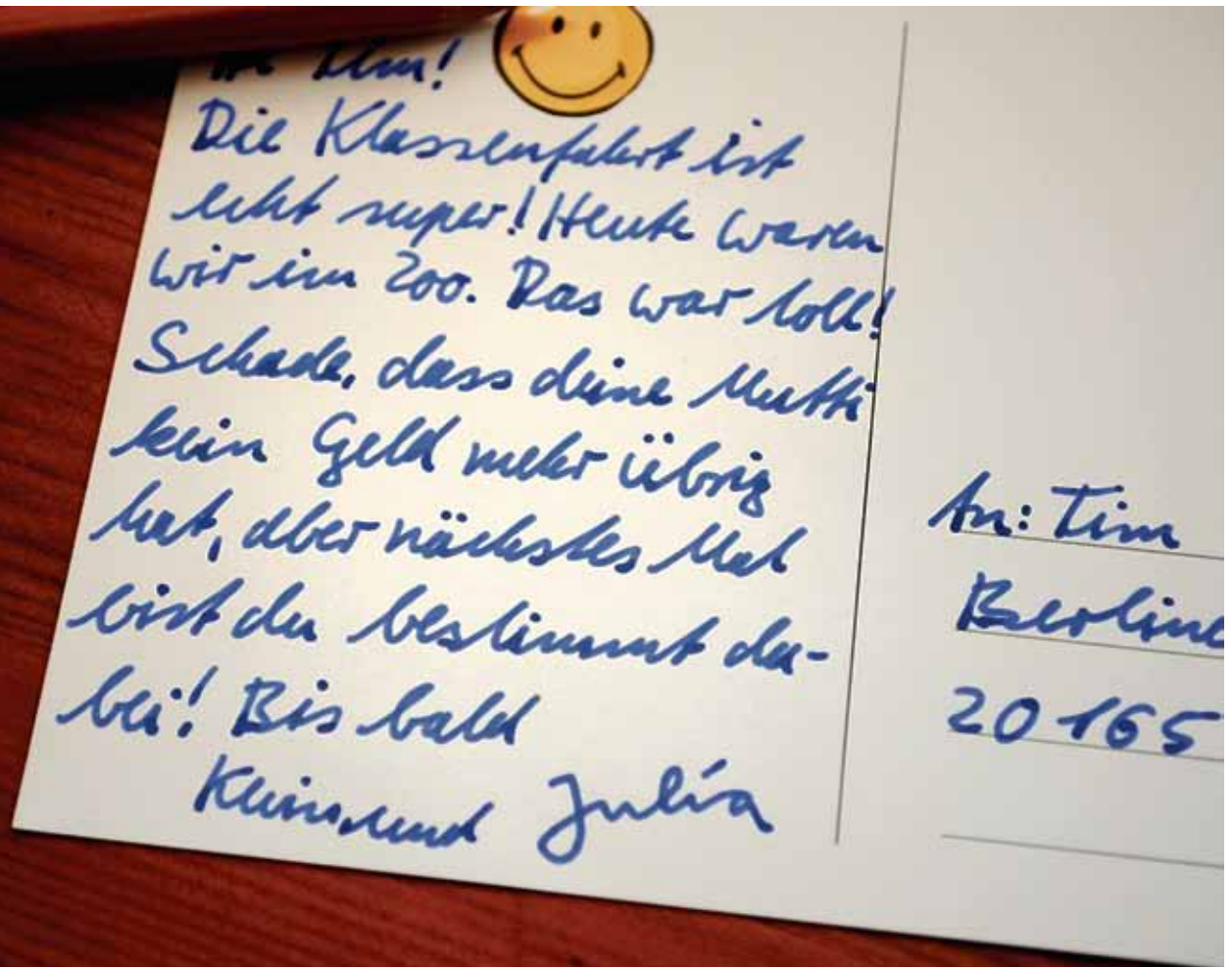
bei Lebensmitteln auf Qualität verzichtet werden muss, um genügend Nahrung kaufen zu können. Trotzdem ist es keine Seltenheit, dass Kinder auf dem Weg zur Schule ihr Elternhaus ohne Frühstück verlassen. Auch bei den Wohnverhältnissen müssen arme Familien Einschränkungen hinnehmen: bei Lage, Größe und Ausstattung. Oft werden einige Zimmer nicht beheizt, um Energiekosten zu sparen.

All dies bleibt oft nicht ohne gesundheitliche Auswirkungen. So leiden Kinder und Jugendliche aus armen Familien öfter an Adipositas, Zahnbeschwerden und psychosomatischen Erkrankungen als Gleichaltrige aus nicht-armen Familien.

Auch das familiäre Zusammenleben und der Aufbau von sozialen Kontakten gestalten sich schwieriger. Regelmäßige gemeinsame Malzeiten innerhalb der Familie, Ausflüge oder

Besuche von Verwandten oder Freunden finden seltener statt. Für Kinder und Jugendliche kann dies zur Folge haben, dass sie im Gegensatz zu Kindern aus einkommensreicheren Haushalten ein geringes Selbstbewusstsein entwickeln.

Armut hat aber auch negative Auswirkungen auf die kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe und die schulische und außerschulische Bildung. Wächst zum Beispiel ein Kind in einem Haushalt auf, in dem kein PC zur Verfügung steht, dann sind diese Kinder in zweierlei Hinsicht benachteiligt. Zum einen, weil sie den Umgang mit den neuen Medien schwerer erlernen und zum anderen, weil von der Schule ein PC für die Hausaufgaben oder Projekte vorausgesetzt wird. Dies führt unter anderem dazu, dass der Übergang zu weiterführenden Schulen nicht erreicht wird, es zu schlechteren Noten und damit zu schlechteren Bildungsabschlüssen kommt.



Schulausflüge sind für Kinder aus armen Familien oft unerreichbarer Luxus

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung gewährt bedürftigen Kindern lediglich zehn Euro monatlich für die Mitgliedschaft in einem Sportverein oder in einer Musikschule. Allerdings ist das Antragsprocedere so bürokratisch, dass viele Familien auf ihren Anspruch verzichten. Nach einer Erhebung des Deutschen Gewerkschaftsbunds vom April 2012 wurden von 636 Millionen Euro im Jahr 2011 lediglich 130 Millionen Euro abgerufen.

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

❶ Verbesserung der materiellen Lage einkommensarmer Familien durch bedarfsgerechte Berechnung der Regelsätze bzw. eine eigenständige Existenzsicherung, z.B. über eine Kindergrundsicherung und den flächendeckenden Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder und Jugendliche

❷ Verbesserung der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe durch eine Überarbeitung bzw. Umgestaltung des Bildungs- und Teilhabepakets und den Ausbau der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche sowie eine Ausgestaltung, dass Kinder und Jugendliche die Angebote (Museum, Theater, Vereine etc.) auch in Anspruch nehmen können

❸ Verbesserung der individuellen Unterstützung von Familien durch den Ausbau von kommunalen Präventionsketten „Von der Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg“

Erfahrungsbericht einer Betroffenen

Meine Familie – ich bin alleinerziehende Mutter mit drei Kindern – hat immer wieder von Sozialhilfe beziehungsweise von Arbeitslosengeld II leben müssen. In diesen Phasen war das Geld sehr knapp. In den Zeiten der Berufstätigkeit mit einem ausreichenden Einkommen – die es auch gegeben hat – mussten wir regelmäßig entweder Schulden abtragen oder Dinge wie Kleidung oder Haushaltsgeräte anschaffen, die in den anderen Zeiten der Sozialhilfe/ALG II nicht ‚drin‘ waren. Für die Kinder bedeutete das regelmäßig unfreiwillige Verzichtübungen: Einfach mal ein Eis zu essen, in den Zoo, in ein Museum oder ähnliche Einrichtungen zu gehen, war unmöglich.

Schwimmbadbesuche habe ich so weit wie möglich finanziert, allerdings konnte ich dies nicht regelmäßig.

Um die Kindergeburtstage ausrichten und mit

mehreren anderen Kindern feiern zu können, musste ich lange im Voraus Geld ansparen. Selbst eine kleine Runde – jedes Geburtstagskind durfte bis zu vier Freunde einladen – hat stets ein Loch in die Geldbörse gerissen. Geburtstags- und Weihnachtsgeschenke waren regelmäßig ebenfalls ein finanzielles Problem. Um nicht mit leeren Händen vor den Kindern zu stehen, habe ich wie viele Eltern in meiner Situation an meiner eigenen Kleidung gespart.

Ein gemeinsamer Urlaub war unmöglich – selbst wenn wir lediglich gecampt oder in einer Jugendherberge gewohnt hätten. Insbesondere seit die Zuschüsse in Nordrhein-Westfalen für Familienurlaube weggefallen sind, ist kein Urlaub mehr drin.

Auch Besuche bei entfernt wohnenden Verwandten sind ein Riesenproblem – es sei denn, die Verwandten können es sich leisten, etwas Geld beizusteuern. Der Fahrtkostenanteil in der heutigen Regelleistung ist jedenfalls zu knapp bemessen. Wenn man davon allein die Monatskarten für sich selbst und die Kinder finanziert, ist dieser Anteil in der Regelleistung mehr als ausgeschöpft.

Ganz wichtig ist es, die Strom- und Heizkostennachzahlungen zahlen zu können – ohne schlaflose Nächte zu haben.“

Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit nehmen in Deutschland zu

Rund 248 000 Menschen ohne Wohnung, rund 106 000 Menschen von Wohnungslosigkeit bedroht und insgesamt rund 354 000 Wohnungsnotfälle: Diese alarmierenden Zahlen für das Jahr 2010 beruhen auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W). Ohne sie gäbe es keine Zahlen zum Phänomen der Wohnungslosigkeit, weil bis dato keine amtliche Statistik darüber besteht. Kaum zu glauben, in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland, das Wert auf die Bezeichnung als Sozialstaat legt.

Mit ihrem Statistikbericht wertet die BAG Wohnungslosenhilfe jährlich eine Befragung von knapp 24 000 Wohnungslosen aus, die in 166 Einrichtungen und Diensten der Wohnungslosenhilfe Unterstützung erfahren. 88,7 Prozent der Wohnungslosen waren demnach 2010 alleinstehend, 3,1 Prozent der Wohnungslosen waren 2010 alleinerziehend, 2,2 Prozent Paare mit Kindern und 4,1 Prozent Paare ohne Kinder. Die Wohnungslosigkeit bei Alleinstehenden stieg von 2008 bis 2010 um 15 Prozent. Auch die Zahl der Menschen, die ganz auf der Straße leben, stieg von circa 20 000 im Jahr 2008 auf circa 22 000 im Jahr 2010.

Nach Schätzungen der BAG W lag im Jahr 2010 der Anteil der Kinder und minderjährigen Jugendlichen unter allen Wohnungslosen bei zehn Prozent. Etwa 64 Prozent aller Wohnungslosen sind männlich, 26 Prozent sind weiblich.

Einen Sonderfall stellen die jungen wohnungslosen Menschen – ihre Zahl ist steigend – dar: 2010 war bereits ein knappes Drittel

der Klientel der Wohnungslosenhilfe unter 30 Jahre. 20 Prozent sind unter 25 Jahre. In dieser Altersgruppe ist der Anteil der jungen Frauen überproportional hoch: 31 Prozent sind jünger als 25 Jahre, 43 Prozent jünger als 30 Jahre. Viele dieser jungen Erwachsenen leben entweder ganz auf der Straße oder in Abbruchhäusern. Manche kommen bei Freunden und Bekannten unter. Dabei handelt es sich häufig um prekäre Wohn- und Lebensverhältnisse, in denen nicht selten Gewalt und Missbrauch erlebt wird.

Angesichts der wirtschafts- und finanzpolitischen Lage, aber auch der sozialpolitischen Rahmenbedingungen wird die Zahl der Wohnungslosen in den nächsten Jahren emporschnellen. Die BAG W prognostiziert einen Anstieg von bis zu 15 Prozent auf etwa 280 000 bis zum Jahr 2015.

Ursachen der zunehmenden Wohnungsnot

Hauptursachen für die zunehmende Wohnungslosigkeit sind das Anziehen der Mietpreise und die Rücknahme des sozialen Wohnungsbaus. Dem wird durch Wohnungspolitik nicht gegengesteuert – im Gegenteil: Der Bund kürzt die Mittel für die Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2012 weiter.

Viele überschuldete Kommunen verkaufen ihre eigenen Wohnungsbaubestände an private Investoren. Das betraf in wenigen Jahren über eine Million Wohnungen: Für die Mieter bedeutet dies immer wieder Mieterhöhungen und weniger

Investitionen in Renovierung und Bestandssicherung. So entstehen Schrottimmobilien, während bezahlbarer Wohnraum fehlt. Die Möglichkeiten der Kommunen, für Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen Wohnraum zu gewährleisten, werden immer schlechter.

Gleichzeitig nimmt die Armut und damit der Bedarf an günstigem Wohnraum zu. Die Verarmung der unteren Einkommensgruppen steht in engem Zusammenhang mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt: Trotz rückläufiger Arbeitslosenzahlen bleibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen stabil. Zugleich ist der Niedriglohnssektor aufgrund eines fehlenden Mindestlohnes extrem angewachsen. Dieser Personenkreis ist immer weniger in der Lage, eine Wohnung auf dem freien Markt anzumieten.

Hartz IV befördert Wohnungslosigkeit: Die scharfen Sanktionsmöglichkeiten bei jungen Erwachsenen machen auch vor den Kosten der Unterkunft nicht halt. „Angemessener Wohnraum“ wird nach dem Mietspiegel definiert – und nicht nach den tatsächlichen Kosten bei Neuanmietung. Die Differenz ist aus dem sowieso schon zu niedrigem Regelsatz zu zahlen, aus dem auch die Kosten für die Kautions monatlich abgestottert werden müssen. Darum sind immer mehr Hartz IV-EmpfängerInnen von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit betroffen. Menschen mit geringem Einkommen werden zugleich in Stadtquartiere abgedrängt, die billige Wohnungen mit schlechtem Zustand bieten – und in denen sich dann die Probleme ballen. Ihre Bewohner werden weiter stigmatisiert und haben immer schlechtere Chancen auf einen Arbeitsplatz oder soziale Integration.

Erfahrungsbericht eines Betroffenen

Die Situation ist teilweise sehr unfreundlich in Deutschland. Es fängt an mit dem sogenannten Tagegeld für Wohnungslose. Die meisten Auszahlungsstellen haben bestimmte Zeiten, wann man das Geld erhalten kann. Das ist eine Kriminalisierung der Wohnungslosen. Es wird gemacht, damit man nicht die Möglichkeit hat, sich woanders noch mal das Geld zu holen. Dabei wird aber vergessen, dass man den Wohnungslosen nicht pauschal verurteilen darf, so wie andere Menschen auch nicht. Damit wird einem schon vorgeworfen zu betrügen, ohne dass man betrogen hat.

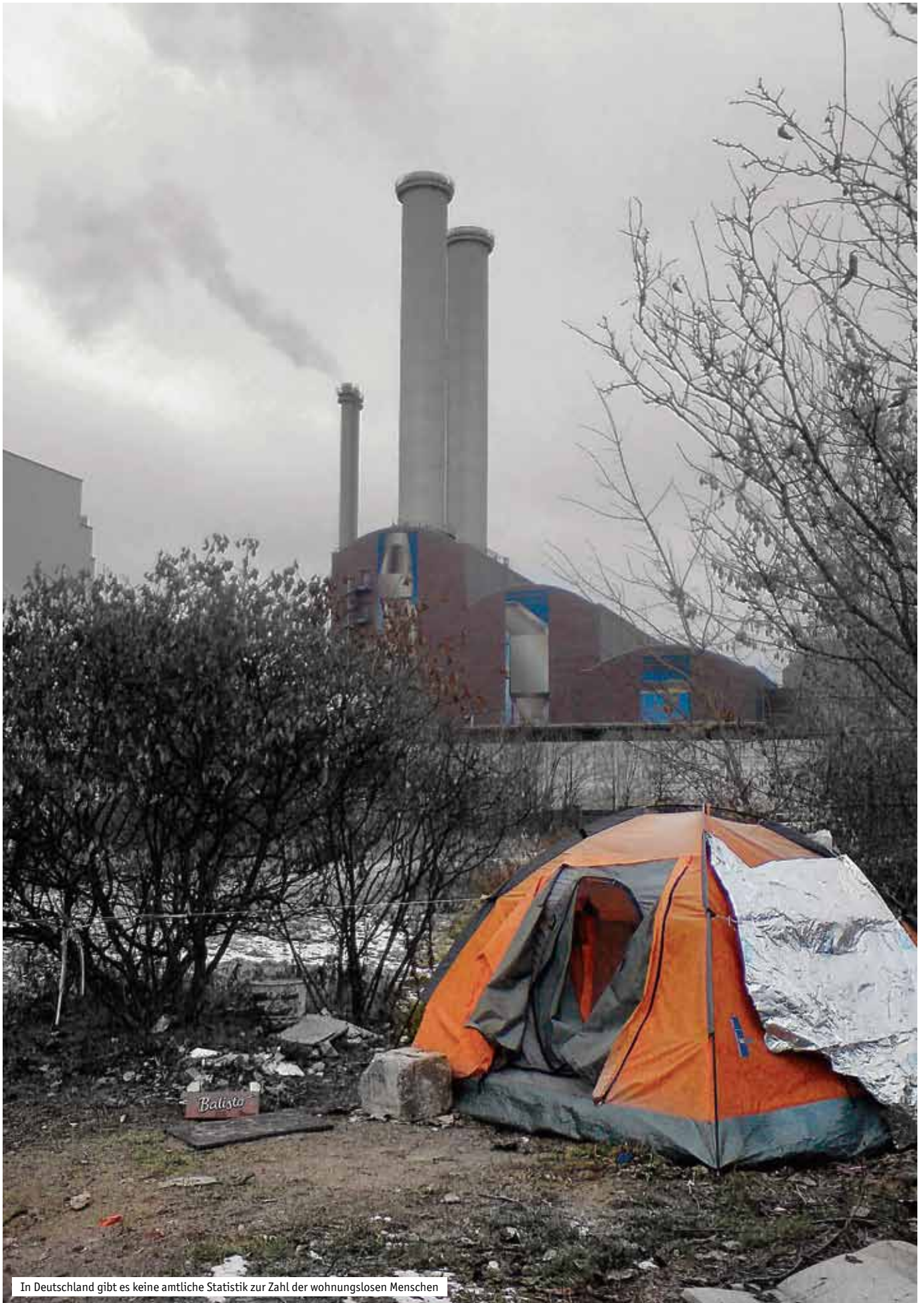
Darum verstehe ich auch manche Einrichtungen nicht, die das Tagegeld auszahlen,

es aber nicht richtig handhaben. Es wird immer von den Rechten der Wohnungslosen gesprochen, aber selber hält man sich in diesen Fällen nicht an die Regeln.

Dann gibt es vielerorts noch das große Problem der sogenannten Drei-Tage-Regelung. Das heißt: Man darf nur dreimal Tagegeld holen oder auch nur drei Tage übernachten. Dann wird man sozusagen weitergeschickt. Eigentlich sollte es so etwas nicht geben, aber die meisten Wohnungslosen haben nicht die Kraft oder Geduld, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Zudem gibt es das große Problem, dass man in Übergangswohnungen wohnen muss, wo man keine Leute kennt. Am Anfang ist es meistens ok, weil man zur Ruhe kommt. Man

kann aber keine Struktur aufbauen, weil man keinen Menschen kennt. Durch die schlechte Lage auf dem Wohnungsmarkt, weil der soziale Wohnungsbau am Boden liegt, bekommt man selten eine vernünftige Wohnung. In der Wohnungslosenhilfe muss sich einiges verändern, damit wohnungslose Menschen an Wohnungen kommen. Da ist noch, auch wenn es vielerorts große Bemühungen gibt, einiges im Argen.

Meine Forderungen sind: keine sogenannte Drei-Tage-Regelung, bessere Betreuung der Wohnungslosen in Wohnungen, noch bessere Strukturierung der Winterhilfe, damit kein Mensch erfrieren muss, fairer und anständiger Umgang mit den Wohnungslosen.“





Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander

Sebastian Mast

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Resolution der Nationalen Armutskonferenz anlässlich des 7. Treffens der Menschen mit Armutserfahrung

Wir, die Teilnehmer des 7. Treffens von Menschen mit Armutserfahrung, haben auf der Fachtagung „Armut und Wohnen – Wohnen ein Menschenrecht“ erfahren, dass:

- ▶ es ein Menschenrecht auf angemessenes Wohnen gibt. (Artikel 25 [1] der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 11 [1] des UN-Sozialpakts)
- ▶ 248 000 Menschen in Deutschland 2011 wohnungslos waren.
- ▶ über 50 Prozent der Kölner Haushalte nur mithilfe von Transferleistungen ihre Wohnkosten bezahlen können.
- ▶ viele Wohnungen in einem schlechten Bauzustand, heruntergekommen und von Schimmel befallen sind, weil der Eigentümer kein Interesse an einer Renovierung hat.
- ▶ Wohnungen/der Immobilienmarkt in erster Linie finanzwirtschaftlich betrachtet und

betrieben wird und Gewinne erzielt werden sollen.

- ▶ die Bundesregierung in einer großen Anfrage im Bundestag bestätigte, „...dass ärmere Kinder weniger gesund sind und schlechte Wohnungen krank machen. Hohe Verkehrsbelastung, fehlende Infrastruktur für Bewegung und Sport, wenig Grünflächen und wenig ausgeprägtes nachbarschaftliches Zusammenleben führen zu einer Verschlechterung des physischen und psychischen Gesundheitszustands“.
- ▶ in der deutschen Verfassung ein Artikel fehlt, der das Menschenrecht auf Wohnen aufgreift.
- ▶ Wohnen mehr ist, als nur ein Dach über dem Kopf.
- ▶ die Wohnung zu verlieren oder umziehen zu müssen, weitreichende Folgen und Auswirkungen auf Arbeit, Gesundheit und das Leben hat.

- ▶ es in vielen Regionen (insbesondere in den Großstädten) an bezahlbarem Wohnraum mangelt und dort Wohnungsnot herrscht.

Wir fragen deshalb: Wohnst Du noch, oder lebst Du schon?

und fordern:

- ▶ die Verankerung des Menschenrechtes auf Wohnen durch einen neuen, eigenen Artikel im Grundgesetz.
- ▶ einen integrierten nationalen Aktionsplan gegen Wohnungsnot und Armut.
- ▶ Landespläne und Förderprogramme gegen Wohnungsnot in allen Bundesländern.
- ▶ die Vermeidung/Verhinderung von Wohnungsnotfällen durch Regelungen auf der kommunalen Ebene. Die hierfür benötigten Präventionsmaßnahmen müssen verbindlich und verpflichtend geregelt werden.
- ▶ den sozialen Wohnungsbau wieder im erforderlichen Umfang sicherzustellen.
- ▶ bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Mietnebenkosten, damit eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich bleibt.
- ▶ Wohnungsversorgung als Daseinsvorsorge zu begreifen und umzusetzen.

Düsseldorf, den 14. März 2012

Armut macht krank

Nach wie vor ein unterschätztes und vernachlässigtes Thema, wie sich Armut auf die Gesundheit auswirkt und welche Rolle Armut bei der Entstehung von Krankheiten spielt. Auch für Deutschland – einem der reichsten Länder der Erde – gilt: Armut bedeutet mehr als den Verzicht auf Konsumgüter. Vielmehr bedeutet Armut häufig physisches und psychisches Leid, höhere Erkrankungsraten und eine signifikant geringere Lebenserwartung. Beispielsweise belegt der „Sozialbericht-Datenreport 2011“, dass armutsgefährdete Menschen ab dem 45. Lebensjahr häufiger Schlaganfälle, Herzinfarkte, Diabetes mellitus, Hypertonien und Depressionen erleiden als ihre Altersgenossen, die nicht in Armut leben.

Neben der Morbidität ist auch die Mortalität bei armen Menschen erhöht. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung leben arme Männer in Deutschland im Durchschnitt elf Jahre weniger als ihre Geschlechts-genossen, die nicht bedürftig sind. Von Armut betroffene Frauen sterben durchschnittlich acht Jahre früher als Frauen, die nicht arm sind. Erschwerend kommt Folgendes hinzu: Weil wir in einer leistungsbezogenen Gesellschaft leben, werden von Armut bedrohte Menschen häufig als Leistungsverweigerer stigmatisiert.

Die Folge sind Krankheitsbilder wie Depressionen und Angststörungen. Auch gibt es unter sozial benachteiligten Menschen eine erhöhte Selbstmordrate. Es gibt immer noch eine Unkultur der Schuldzuweisung gegenüber Menschen, die in Armut leben oder davon betroffen sind. Diese Haltung wiederum führt dazu, dass die Betroffenen ihr Selbstwertgefühl verlieren.

Aus der Studie des „Hamburger Instituts für Finanzdienstleistungen“ zu den Überschuldungsrisiken in Deutschland geht hervor: Krankheit ist bei jeder zehnten Überschuldung der Hauptauslöser.

Erfahrungsberichte von Betroffenen

Haus verkaufen, um die Krankenkasse zu finanzieren

„Bin Anfang der 90er Jahre überredet worden, in die Private Krankenversicherung einzutreten, weil ich mich selbstständig gemacht hatte. Jetzt ist mir gesagt worden, dass man bei einem Alter von über 55 Jahren nicht mehr zurückwechseln kann. Nun soll ich 439 Euro einzahlen. Das übersteigt meine Möglichkeiten. Da müsste ich zuerst mein winziges Haus, das ich mit viel Aufwand selbst gebaut habe, verkaufen.“

Zuzahlung übersteigt finanzielle Möglichkeiten

„Mein Arzt hat mir zwei Mal wöchentlich Aqua-Gymnastik verordnet. Die Krankenkasse bezahlt aber nur eine Sitzung. Ich kann die zweite Sitzung finanziell nicht tragen.“

Kaum Geld für die Brille des Sohnes

„Mein Sohn brauchte eine Brille und die habe ich uns vom Mund abgespart. Die für Hornhautverkrümmung kostet extra Geld. Die Krankenkasse zahlt sie nicht.“

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

❶ Die medizinische Versorgung muss umstrukturiert werden: von der klassischen Komm-Struktur (Patient kommt zum Arzt) zu einer Geh-Struktur (der Arzt geht zum Patienten). Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldbezieher

müssen von Zuzahlungen und Eigenleistungen im Gesundheitssektor befreit werden.

❷ „Freie Fahrt zum Arzt“: Insbesondere Kinder und ältere Menschen sowie ihre Angehörigen müssen kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrem Arzt fahren können.

❸ Allgemein verständliche und zugängliche Informationen zu Gesundheitsleistungen, insbesondere größere Transparenz bei den Erstattungsmöglichkeiten gegenüber der Krankenkasse.

❹ Härtefallregelungen für Menschen in besonderen Lebenslagen müssen erweitert werden, unter anderem bei Zahnbehandlung, Seh- und Hörhilfen.

❺ Wiederaufnahme der Tätigkeit der Arbeitsgruppe Armut und Gesundheit beim Bundesgesundheitsministerium.



Armut macht krank - Krankheit macht arm: ein fataler Teufelskreis



Wohnghettos statt trautes Heim - so lautet häufig die Perspektive für Asylbewerber

Andreas Hopfgarten

Asylbewerberleistungsgesetz – staatlich verordnete Armut

Die Höhe der Geldleistungen nach Paragraf 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes ist evident unzureichend, weil sie seit 1993 nicht verändert worden ist.“ So begründet das Bundesverfassungsgericht sein Urteil vom 18. Juli 2012. Zudem führen die obersten Richter in ihren Leitsätzen aus, dass die „Gewährleistung eines ‚menschwürdigen Existenzminimums‘ sowohl deutschen als auch ausländischen Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, gleichermaßen zusteht“.

In diesen wenigen Sätzen wird die entwürdigende Situation beschrieben, der Flüchtlinge aus aller Welt seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes in Deutschland ausgesetzt sind. Dass diese Menschen speziell bei Behördengängen, aber auch generell in der deutschen Gesellschaft, häufig wie Ballast behandelt werden, ist folgender Tatsache geschuldet: Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wurde 1993 mit dem erklärten Ziel, durch Leistungseinschränkungen für in Deutschland lebende Asylbewerber den „Asylmissbrauch“ zu bekämpfen, erlassen. Klartext: Man möchte möglichst viele Flüchtlinge bewegen, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren beziehungsweise andere daran hindern, in Deutschland Asyl zu beantragen.

Die Folge dieser restriktiven Politik ist, dass Asylbewerber hierzulande ein hochbürokratisches Verfahren durchlaufen müssen. Letzteres in der Regel ohne einen Anspruch auf Rechtsberatung oder Übersetzerdienste.

Die finanziellen Zuwendungen für Asylbewerber lagen mehr als ein Drittel unterhalb der Leistungen der Sozialhilfe beziehungsweise

des Arbeitslosengeldes II. Insgesamt mussten mehr als 130 000 Menschen in Deutschland mit diesen niedrigen Leistungen auskommen. Seit dem Verfassungsgerichtsurteil vom Juli haben die Regierungen der Bundesländer schnell reagiert und neue bundesweit einheitliche Sätze für die Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz festgelegt. Im Schnitt steigen die Sätze für Asylbewerberinnen und Asylbewerber um 50 Prozent.

Flüchtlinge unterliegen der Residenzpflicht. Deshalb dürfen sie sich ohne Erlaubnis der Behörden nicht aus dem zugewiesenen Wohngebiet entfernen – nicht einmal für Familienbesuche oder Bewerbungsgespräche. Viele wohnen in Gemeinschaftsunterkünften auf engem Raum. All dies verstößt gegen das Recht auf Freizügigkeit und gegen das Recht auf Einheit der Familie.

Außerdem dürfen Asylbewerber im ersten Jahr ihres Aufenthalts in Deutschland nicht arbeiten. In den folgenden vier Jahren gilt für sie ein so genannter nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt. Diese Bestimmungen machen es für die Hilfesuchenden sehr schwer, ihren Lebensunterhalt selber zu erwirtschaften.

Erst nach vier Jahren Aufenthalts in der Bundesrepublik können die staatlichen Leistungen auf Hartz IV-Niveau angehoben werden, wenn einige weitere Voraussetzungen erfüllt werden. Selbst wenn eine Familie seit vielen Jahren in Deutschland lebt und höhere Leistungen (beispielsweise Hartz IV) erhält, bekommen ihre Kinder in den ersten vier Lebensjahren nur verminderte Leistungen. Die Diskriminierung von Asylbewerbern beginnt für manche von ihnen gleich bei der Geburt.

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

Gleiches Recht für alle in Deutschland lebenden Menschen. Insbesondere:

- ▶ Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes; Gleichberechtigter Zugang zu Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II und XII.
- ▶ Gleichberechtigter Zugang zu Arbeit und Ausbildung.

Erfahrungsbericht eines Betroffenen

„In Afghanistan kann man nicht mal in der Familie frei sprechen“

Ich habe eine lange Geschichte. Ich bin von Afghanistan nach Iran, dort habe ich vier Jahre gelebt. Ich bin in den Iran, um Geld zu verdienen, in Afghanistan gibt es keine Arbeit. Allerdings ist das Regime in Iran massiv rassistisch, man hat kein Recht als Ausländer, bekommt keine Unterstützung und die Kontrollen sind sehr gefährlich. Danach bin ich in die Türkei gereist. Ich war sechs Monate in Istanbul. Dann bin ich 13 Stunden zu Fuß und mit Boot auf eine Insel nach Griechenland und war in einem ausländischen Camp. Ich habe Tote auf dem Berg gesehen, ein paar sind ohne Schuhe im Schnee gelaufen. Eine Frau hat immer ‚Hilfe, Hilfe‘ gerufen, aber niemand konnte ihr helfen.

Im Camp habe ich ein Papier bekommen und in Athen für drei Jahre gelebt. Ich habe Griechisch gelernt und als Teppichreiniger gearbeitet. Man bekommt kein Geld von

Regierung, muss selber arbeiten wie im Iran, aber bisschen besser. Allerdings ist es dann zu Kämpfen unter den Ausländern gekommen. Und so bin ich mit falschem Pass weiter nach Deutschland. In Berlin habe ich einen Asylantrag gestellt.

Warum bin ich nach Deutschland? Unser Land ist kaputt, deswegen suche ich ein Land, wo es Freiheit gibt und ein besseres Leben. Ich habe gedacht, in Europa gibt es Freiheit, man kann seine Meinung sagen und man kann etwas lernen. In Afghanistan kann man nicht frei sprechen, nicht mal in der Familie, und es gibt keine Schule. Aber meinen Traum gibt es nicht in Deutschland. Niemand glaubt dir. Die vom Ausländeramt sagen, es sind Lügen. Ich verstehe das nicht. Die Amerikaner und Deutschen sind in Afghanistan, um dort zu helfen. Aber in Deutschland glaubt dir keiner.

In Deutschland ich kann nicht lernen, es gibt keinen Integrationskurs. Ich kann nur selber Deutsch lernen oder nette Leute suchen, die helfen ohne zu bezahlen. Ich habe wenig Geld, nur zu essen und zu trinken. Ich habe viele Talente, ich spreche gut Deutsch, ich habe es selber gelernt. Warum unterstützt mich die deutsche Regierung nicht, um zum Beispiel eine Ausbildung anzufangen? Man darf auch keine Arbeit anfangen. Wenn du eine Arbeit gefunden hast, dann musst du zur Ausländerbehörde. Und dann kriegt man eine negative Antwort. Nein, du darfst nicht arbeiten, das geht nicht. Du bist ein Asylbewerber, du hast keine Rechte. Aber ich bin doch jung, ich kann arbeiten wie ein Deutscher! Mein Wunsch ist es, kein Geld vom Sozialamt zu bekommen und selber zu arbeiten. Ich kenne jemanden, der hat seit 15 Jahren eine Duldung, das ist schwer. Zehn bis 15 Jahre keine Rechte...

Wenn du hast kein Zuhause, du bist immer schwebend. Es gibt davon viele, viele Leute. Ich habe jetzt eine eigene Wohnung. Ich habe 19 Monate in Wohnheim gelebt. Das ist schwer, weil Leute aus verschiedenen Ländern kommen und es gibt immer Streit. Es geht immer was kaputt oder ist schmutzig. In der Wohnung hat man eigene Küche, eigenes Wohnzimmer, eigene Uhrzeit, wann du schläfst oder rausgehst. Einige Leute sind fünf, sechs Jahre in Wohnheim. Ich hatte viel Glück.

Ich habe immer gedacht, Deutschland ist gut. Made in Germany. Aber du brauchst immer Unterschrift, zum Beispiel wenn du willst in eine andere Stadt fahren. Ich wollte gerne mal nach Köln, ging nicht, bin ich hier geblieben. Andere haben es noch schlechter, haben keine Rechte, bekommen nur Gutscheine. Deutsch lernen bringt auch nichts. Ich gehe zum Amt wegen Arbeit oder sonst etwas. Aber die sagen immer, geht nicht. Wir wissen ja nicht, ob du in sechs Monaten noch da bist. Alles ist verboten. Du bleibst hier wie ein Gast."



Gambold Lindamaa



Stephan Langerwisch

Asylbewerber sind weitgehend zum Nichtstun verdammt, weil sie per Gesetz vom Arbeitsmarkt und soziokultureller Teilhabe ausgeschlossen werden



Sylvia Hummel



Zunehmend mehr alte Menschen bessern ihre karge Rente mit dem Sammeln und dem Verkauf von Pfandflaschen auf

Joachim W. Dettmer

Leben in Altersarmut

Die Altersarmut in Deutschland nimmt zu. Während noch 2005 und 2008 im Armutsbericht der Bundesregierung festgestellt werden konnte, dass Rentner unterdurchschnittlich von Armut bedroht sind, gleichen sich die Zahlen nun an. Darum jobben immer mehr Rentner. Und: die Zahl der bedürftigen Senioren steigt weiter. In wenigen Jahren wird das Alter eines der größten Armutsrisiken sein.

Frauen sind besonders von Armut betroffen. 15,6 Prozent aller Deutschen sind heute von Armut bedroht. Bei den Frauen sind es 16,4 Prozent. Bei den Rentnerinnen und Rentnern haben Frauen heute sogar ein um drei Prozentpunkte höheres Armutsrisiko als Männer.

Durch fehlende Kinderbetreuung mussten und müssen immer noch Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgeben. Lücken in der Beitragszahlung und schmale Renten sind die Folge. Im Spagat zwischen Erziehung und Geldmangel nehmen Frauen Minijobs an. Dafür gibt es keine

Rentenbeiträge. Frauen sind von prekärer Beschäftigung im Übermaß betroffen. Wenn Familienangehörige Pflege brauchen, sind es die Frauen, die sich kümmern. Und damit reduzieren sie ihre Rentenansprüche noch weiter.

Der Bevölkerungsanteil der Seniorinnen und Senioren nimmt zu. Seit 1980 ist der Anteil der über 59-Jährigen von 19,4 Prozent auf 26,3 Prozent gestiegen. Darauf war die Rente nicht vorbereitet. In der gesetzlichen Rente werden die Beiträge der Arbeitnehmer direkt an die Rentner weitergegeben. So funktioniert die Umlagefinanzierung. Je älter die Menschen werden, desto schwieriger daher die Finanzierung.

Seit Jahren wird versucht, über die Begrenzung der Beiträge und der Rentenanpassungen die Kosten im Rahmen zu halten. Für die Rentnerinnen und Rentner heißt das: Preissteigerungen werden nicht ausgeglichen, die Inflation führt zu realen Rentenkürzungen.

Immer mehr Rentnern fällt es schwer, mit den stagnierenden Renten auszukommen.

Was tun, wenn dann die Rente naht und das Geld vorn und hinten nicht reicht? Zum Jobben gibt es dann kaum noch eine Alternative. Aber was, wenn jemand jobbt und krank wird? Auf die Dauer lässt sich Altersarmut so nicht verhindern. Irgendwann gibt es keinen Ausweg mehr.

Seit 2005 haben sich die Zahlen zur Grundversicherung im Alter fast verdoppelt – von gut 250 000 Personen auf über 400 000.

Erfahrungsberichte von Betroffenen

35 Berufsjahre, nicht einmal 500 Euro Rente
„Meine Mutter hat nach über 35 Jahren als Krankenschwester und zwei Kinder erziehend keine 500 Euro Rente bekommen. Sie hat geheult als sie den Bescheid in den Händen hielt.“



ver.di bild

Mini-Löhne heute führen zu Mini-Renten morgen

Fahrt zu den Kindern zu teuer

„Habe mich im Berufsleben nach der Wende auch für Kollegen eingesetzt. Ich wurde entlassen. (...) Meine 120 Euro Nebenverdienst werden mir auf meine Unfallrente angerechnet. Ich habe eine Rente von 400 Euro. Wir können uns seit einiger Zeit nur noch wenig leisten. Unsere Kinder wohnen in Hamburg, die Fahrt ist sehr teuer.“

Die Wahl zwischen Essen oder Kultur

„Ohne Musik wäre ich tot. Wenn meine Tochter mich einlädt oder ich am Essen spare – gehe ich gerne ins Konzert. Ab 21 Uhr fahren keine Busse mehr ins Umland, wo ich lebe. Dadurch bin ich abgeschnitten.“

Vom Millionär zum Bettler

„Ich war Bauingenieur, hatte 1990 eine Firma mit zuletzt 40 Beschäftigten gegründet, habe immer hart gearbeitet, eigenes Haus, GmbH 1992 kam der Konkurs, weil Auftragnehmer nicht zahlten, Nervenzusammenbruch, hätte Anspruch auf Übergangsgeld gehabt, beraten hat mich keiner, Haus verkauft, Sozialhilfe, zur Mutter gezogen, Bewerbungen deutschlandweit verschickt. Jetzt fehlen 15 Jahre in der Rentenberechnung. Meine Rente ist jetzt 660 Euro, davon gehen über 300 Euro Miete ab. Ich bin ein kulturinteressierter Mensch, kann mir

aber nur besonders günstige Angebote leisten. Habe eine Karriere vom Millionär zum Bettler hinter mir, man fühlt sich wie ein Aussätziger.“

Sieben Wochen ohne Geld

Hartz IV wird am Monatsanfang gezahlt – die Rente am Monatsende. Was passiert, wenn jemand im Anschluss an den Hartz IV-Bezug in die Rente geht? Dann gibt es Anfang Mai Hartz IV – und dann erst wieder Ende Juni Rente. Eine Betroffene berichtet von einem Monat ohne Geld: „Für Mai bekomme ich ganze 173,84 Euro Arbeitslosengeld II, weil ich am 13. mit meinem 65. Geburtstag ins Rentenalter eintrete. Hartz IV ist für mich mit den monatlich 434,59 Euro noch nicht mal das Schlimmste, aber was danach kommt... Ich dachte, ich kann das feiern, wenn ich in die Rente gehe, aber ich bekomme die Rente erst am 30. Juni überwiesen, weil seit 2004 der Gesetzgeber es so wollte, dass Rente rückwirkend überwiesen wird. Vierzehn Tage Überbrückung wäre für mich kein Thema, aber sieben Wochen?! Bis zum 31. Mai darf ich nur noch kostenlos Fernsehen gucken, dann will die GEZ ihre Gebühren haben. Da kommt eins zum anderen! Ich rotiere seit Wochen wegen dieser Geschichte, denn von irgendwas muss der Ofen ja rauchen. Ich habe mein Leben mit Hartz IV eingerichtet.“

Forderungen der Nationalen Armutskonferenz

- ❶ Verwirklichung eines umfassenden armutspräventiven Ansatzes in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Familienpolitik, der auch für ausreichende Beiträge in die Rentenversicherung sorgt: Sozialversicherte, existenzsichernde Erwerbsarbeit im ersten und zweiten Arbeitsmarkt muss mit einem bundesweit bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsangeboten einhergehen.
- ❷ Erziehungs-, Pflegezeiten und Phasen der Erwerbslosigkeit müssen für die Rente beitragsfähig gestaltet werden.
- ❸ Eine gesetzliche Mindestrente schützt effektiv vor Altersarmut.
- ❹ Die zurzeit geltende Grundsicherung im Alter muss auf die Lebenslage älterer Menschen abgestimmt werden. Dazu zählen ergänzende Leistungsanteile wie Gesundheits- und Mobilitätskosten.
- ❺ Damit Arbeit die Existenz sichert und die mit der Erwerbstätigkeit gezahlten Rentenversicherungsbeiträge zum Aufbau einer ausreichenden Altersvorsorge reichen können, ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig.

Fazit

Die, die im Schatten leben“: Das sind Menschen, die im reichen Deutschland Armut und soziale Ausgrenzung erfahren. Ihnen ist diese Sonderausgabe, die wir gemeinsam mit dem Straßenfeger herausgeben, gewidmet. Indem wir die Erfahrungen einiger Betroffener in diesem Schattenbericht abdrucken, rücken wir sie bewusst in den Mittelpunkt: Sie selbst skizzieren ihre Lebenslagen exemplarisch. Mit Daten und Fakten aus Studien und Gesetzen stellen wir den vielen Unwahrheiten, die über bedürftige Menschen kursieren, die Realität gegenüber: Die allermeisten Menschen, die Hartz IV-Leistungen beziehen, sind weder Betrüger noch Schmarotzer. Sie sorgen gut für ihre Kinder, übernehmen generell Verantwortung und möchten arbeiten. Dies zu veranschaulichen und klarzustellen, ist das Hauptanliegen dieses Schattenberichts.

Mit der Sonderausgabe wollen wir aber auch Folgendes verdeutlichen: Armut und soziale Ausgrenzung können sehr wohl vermieden werden. Was jedoch bis jetzt fehlt, ist der politische Wille, um das auch zu erreichen. In einem Sozialstaat wie Deutschland sind fol-

gende Voraussetzungen unverhandelbar und dennoch bis heute Mangelware für Bedürftige:

Alle Menschen haben ein Recht auf angemessenen Wohnraum, den sie bezahlen können.

Alle Menschen haben ein Recht auf Arbeit, von der sie würdig leben können.

Alle Menschen haben ein Recht auf niedrigschwellige Zugänge zu Bildung und zum Gesundheitssystem.

Alle Menschen haben ein Recht auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe

Bereits während des „Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010“ betonten nicht zuletzt Politiker aller Couleur: „Jedes Kind ist wichtig, die Entwicklungschancen müssen verbessert werden!“. Und was ist aus diesen vollmundigen Versprechen geworden? Das Bildungs- und Teilhabepaket der schwarzgelben Regierung ist jedenfalls ein Bürokratiemonster, das bei seiner Zielgruppe – den Kindern aus bedürftigen Familien – größtenteils im doppelten Sinne

des Worts nicht ankommt. Eine Antwort auf die realen Bedürfnisse der Jüngsten unter den Betroffenen ist es auf keinen Fall.

Zu den wesentlichen Zielen der Europäischen Strategie 2020 zählt, Armut in Europa zu vermindern. In Deutschland wird dieses Ziel nicht nur viel zu wenig verfolgt, es wird sogar mit manchen Regelungen und Gesetzen boykottiert. Ein Beispiel ist das Asylbewerberleistungsgesetz, das für Flüchtlinge und so genannte geduldete Personen Sozialleistungen vorsieht, die deutlich unter den ohnehin schon kargen Hartz IV-Sätzen liegen.

Ob sich an all diesen Missständen von staatlicher Seite zeitnah Grundsätzliches verändern wird? Der Entwurf zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der in den Medien momentan sehr kritisch diskutiert wird, gibt wenig Anlass zur Hoffnung. Er ist nämlich ohne die Mitwirkung derjenigen entstanden, von denen er zu einem großen Teil handelt: Die Menschen mit Armutserfahrung wurden nicht in die Beratungen und Recherchen miteinbezogen. Wer aber könnte Armut und ihre Auswirkungen besser dokumentieren als die Betroffenen selbst? Wie sollen diese Menschen die Aufmerksamkeit erlangen, die ihnen zusteht, um ihre Situation überwinden zu können?

Wir von der Nationalen Armutskonferenz (nak) wollen bedürftigen Menschen Gehör verschaffen, indem wir für sie Öffentlichkeit herstellen. Nicht zuletzt mit diesem Schattenbericht, den Sie in ihren Händen halten. Es ist wichtig, dass immer breitere Bevölkerungsschichten realisieren, dass Armut und soziale Ausgrenzung nicht selbstverschuldet sind und dass fast jeder davon betroffen sein könnte. Diese Lebenslagen werden vor allen Dingen durch unzureichende gesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie falsche oder gar keine politischen Entscheidungen verursacht.

Deshalb unsere Bitte an Sie: Helfen Sie mit, für mehr Wissen über Armut und ihre Ursachen zu sorgen und die etablierte Politik zu Veränderungen zu bewegen. So können Sie die Inhalte dieser Straßenfeger-Sonderausgabe mit Ihren Freunden und Verwandten diskutieren. Und Sie können diesen Schattenbericht dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (wann immer dieser erscheinen wird; die Bundesregierung lässt sich auf kein Erscheinungsdatum festlegen) gegenüberstellen. Ziehen Sie selber Ihre Schlüsse daraus. Sie werden ohne Zweifel erhellend sein.

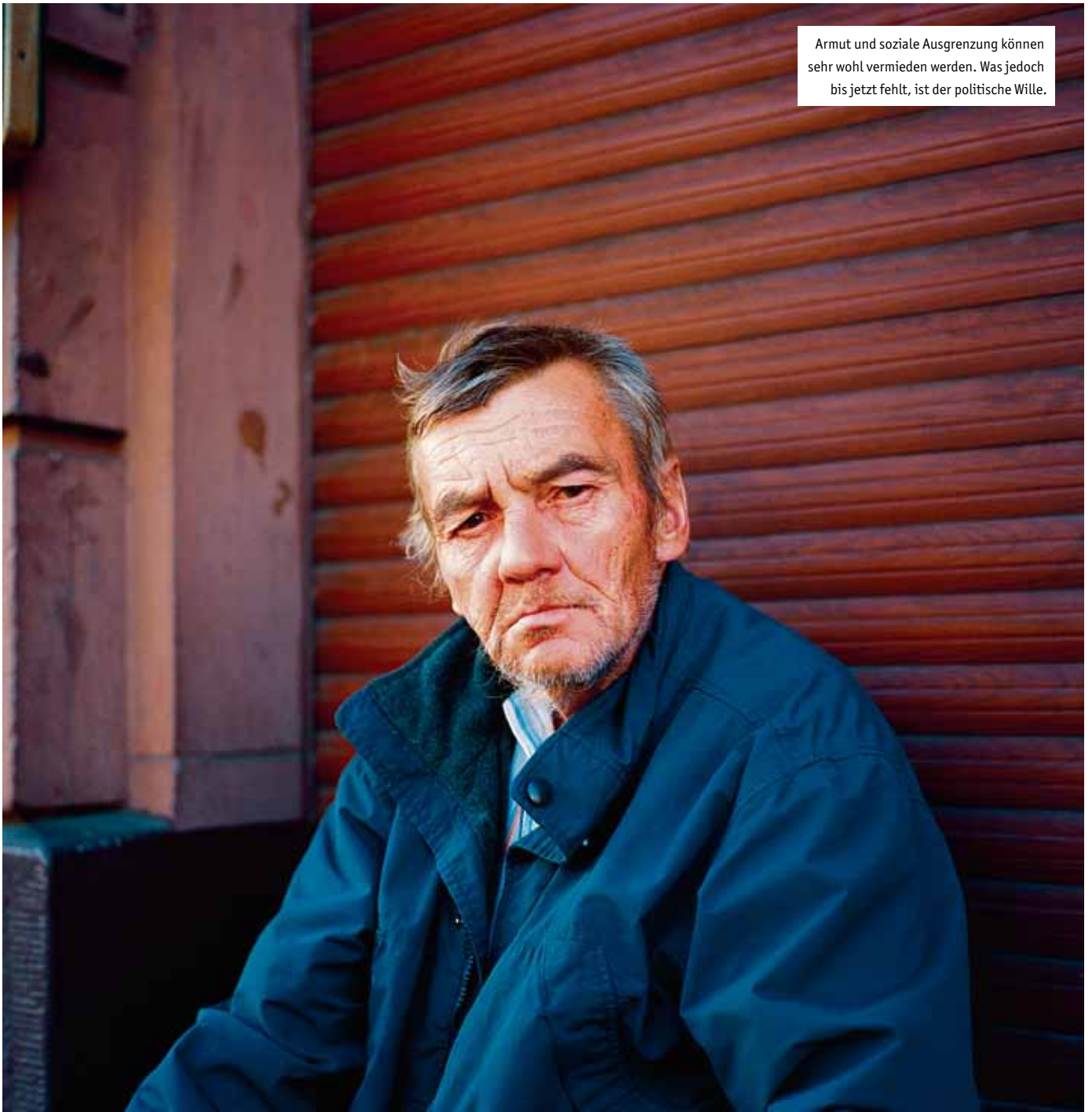
Weitere Informationen zu den in diesem Heft zusammengefassten Themen sowie weiteren Armutsaspekten finden Sie unter www.nationalearmutskonferenz.de



Angemessenen sowie bezahlbaren Wohnraum gibt es für Bedürftige kaum

Wolfgang Lake

Armut und soziale Ausgrenzung können sehr wohl vermieden werden. Was jedoch bis jetzt fehlt, ist der politische Wille.



Maïke Bartram



Archiv Straßenfeger



Jutta Schaar

Armut und Ausgrenzung überwinden – in Gerechtigkeit investieren

ERFAHRUNGEN, HINTERGRÜNDE, PERSPEKTIVEN



ARMUT BESEITIGEN

Mit neuem Mut.

2010

Europäisches Jahr

zur Bekämpfung von

Armut und

sozialer Ausgrenzung

IMPRESSUM

ISSN 1437-1928



Herausgeber

mob – obdachlose machen mobil e.V.

Prenzlauer Allee 87, 10405 Berlin

Tel.: 030 - 46 79 46 11

Fax: 030 - 46 79 46 13

E-Mail: info@strassenfeger.org

www.strassenfeger.org

Vorsitzende: Dr. Dan-Christian Ghattas,
Lothar Markwardt, Andreas Düllick (V.i.S.d.P.)

Chefredakteur Andreas Düllick

CvD Carola Schmidt,

Geschäftsführerin Nationale Armutskonferenz

Redaktionelle Mitarbeit

Andreas Düllick, Michaela Hofmann, Ingo Kolf,
Alexandra Kournioti, Alexander Kraake, Werena
Rosenke, Carola Schmidt, Michael Schröter,
Prof. Dr. Gerhard TrabertWir danken allen von Armut betroffenen
Menschen, die uns ihre Expertise zur Verfügung
gestellt haben, stellvertretend Erika Biehn und
Jürgen Schneider.Wir bedanken uns bei allen, die an der Ent-
stehung des Schattenberichts mitgewirkt haben.

Titelbild

Dr. Thomas Brotzler, „Der unverstellte Blick“

Fotos

AWO Bundesverband e.V., Fotowettbewerb „Arm
in einer reichen Gesellschaft“

Satz und Layout

Peter Meyer

Belichtung & Druck

Union Druckerei Berlin

Redaktionsschluss der Ausgabe

4. Oktober 2012

*Für unverlangt eingesandte Fotos, Manuskripte
oder Illustrationen übernehmen wir keine Haftung.*Der *strassenfeger* ist offen für weitere Partner.
Interessierte Projekte melden sich bei den
Herausgebern.

Redaktion

Prenzlauer Allee 87, 10405 Berlin

Tel.: 030 - 41 93 45 91

E-Mail: redaktion@strassenfeger.org

Abo-Koordination & Anzeigen

mob – obdachlose machen mobil e.V.

Tel.: 030 - 41 93 45 91

Treffpunkt Kaffee Bankrott

Prenzlauer Allee 87, 10405 Berlin

Tel.: 030 - 44 73 66 41

Öffnungszeiten: Mo. – So. 8:00 – 20:00 Uhr

Zeitungsverkauf: bis 20:00 Uhr

Küchenschluss: 19:00 Uhr

Notübernachtung

Prenzlauer Allee 87, 10405 Berlin

Tel.: 030 - 41 93 45 93

Öffnungszeiten: 17:00 – 8:00 Uhr

Anmeldung: 17:00 – 23:00 Uhr

Trödelpoint bei mob e.V.

Prenzlauer Allee 87, 10405 Berlin

Mo – Fr: 8:00 – 18:00 Uhr

Tel.: 030 - 246 279 35

E-Mail: troedelpoint@strassenfeger.org

Unsere Webseite

www.strassenfeger.org

Jonas Beck

Schaufenster-Shopping: Für die meisten Bedürftigen erübrigt sich der Gang ins Geschäft

SGB II und soziale Gerechtigkeit – passt das zusammen?

8. Treffen von Menschen
mit Armutserfahrung

Die Nationale Armutskonferenz veranstaltet zum achten Mal das Treffen der Menschen mit Armutserfahrung. Am 5. und 6. Juni 2013 werden in Darmstadt bis zu 100 Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet die Frage „SGB II und soziale Gerechtigkeit – passt das zusammen?“ diskutieren. Damit bietet die Veranstaltung die Möglichkeit zum deutschlandweiten Erfahrungsaustausch. Zentrales Anliegen des Fachtages ist das Einbeziehen von Menschen mit Armutserfahrung. Es soll ihnen die Gelegenheit gegeben werden, sich auszutauschen, politische Strategien zu entwickeln und eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Der genaue Tagungsablauf und die Hinweise zur Anmeldung können in Kürze auf der Homepage www.nationalearmutskonferenz.de abgerufen werden.

trödel|point

Prenzlauer Allee 87
Telefon: 030 - 24 62 79 35
Email: troedelpoint@strassenfeger.org

**Möbel, Haushaltsgeräte, Küchen, Hausrat, Wohndeko,
Geschirr, Fernseh-, Audio-/Videogeräte, CDs,
Schallplatten, Bücher, allerlei zum Stöbern,
Nostalgisches und Kurioses**

Die Bedürftigkeit
muß unaufgefordert
nachgewiesen werden!

Montag bis Freitag: 8.00 Uhr — 18.00 Uhr

www.strassenfeger.org



Ihr interessiert Euch dafür, selbst mal einen Artikel zu schreiben, beim Radioprojekt mitzumachen oder Euch auch anderweitig an der Redaktionsarbeit zu beteiligen? Dann seid Ihr herzlich eingeladen zu unserer Redaktionssitzung, jeden Dienstag um 17 Uhr in der Prenzlauer Allee 87, 10405 Berlin. Weitere Infos: 030/ 4193 4591 Redaktion strassenfeger

Ein Dach über dem Kopf



Dr. Thomas Beyer, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, unterstützt die Aktion „Ein Dach über dem Kopf“

Foto: r. Werner Franke

Die Aktion »Ein Dach über dem Kopf« wurde von uns ins Leben gerufen, um Mitmenschen, die in Not und ohne Bleibe sind, wirksam helfen zu können. Damit wir diesen Menschen weiterhin helfen können, benötigen wir nach wie vor Ihre Hilfe und Unterstützung.

Einmalig

Auch Sie können mit 2 Euro pro Tag helfen!
Buchen Sie einen Platz bei der Aktion »Ein Dach über dem Kopf«. Weniger als eine Schachtel Zigaretten kostet ein Platz für einen Menschen pro Tag!

- Ja, ich möchte für eine Woche einem Menschen »Ein Dach über dem Kopf« ermöglichen und zahle 14 Euro.
- Ja, ich möchte für zwei Wochen einem Menschen »Ein Dach über dem Kopf« ermöglichen und zahle 28 Euro.
- Ja, ich möchte für einen Monat einem Menschen »Ein Dach über dem Kopf« ermöglichen und zahle 60 Euro.

Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung zu.

| |
|---------------|
| Name, Vorname |
| Straße |
| PLZ, Ort |

Patenschaft

Garantieren Sie einem Menschen »Ein Dach über dem Kopf«. Nur 2 Euro am Tag oder 60 Euro im Monat kostet ein Schlafplatz.

- Ja, ich möchte einem Menschen dauerhaft »Ein Dach über dem Kopf« ermöglichen und zahle monatlich 60 Euro.
- Ja, ich möchte die Aktion »Ein Dach über dem Kopf« regelmäßig unterstützend begleiten und zahle monatlich Euro (mindestens 3 Euro).

Einzugsermächtigung (Die Einzugsermächtigung gilt bis auf Widerruf)

| | |
|--------------|---------|
| Bank | BLZ |
| Konto-Nr. | Inhaber |
| Unterschrift | |

Vielen Dank für Ihre Spende! Bitte senden Sie den Coupon an: »Ein Dach über dem Kopf«, c/o mob e.V., Prenzlauer Allee 87
10405 Berlin, Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto 328 38 - 01 Kennwort: »Ein Dach über dem Kopf«